

Kinderreich und arm zugleich?

Rupp, Marina; Bierschock, Kurt P.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rupp, M., & Bierschock, K. P. (2005). Kinderreich und arm zugleich? *Zeitschrift für Familienforschung*, 17(2), 153-166.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-324270>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Marina Rupp¹ und Kurt P. Bierschock

Kinderreich und arm zugleich?

Are families rich in children economically poor at the same time?

Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird beleuchtet, wie sich der Übergang zum dritten Kind auf die finanzielle Situation von Familien auswirkt. Als zentraler Einflussfaktor wird zunächst die Erwerbstätigkeit der Mütter untersucht und das Armutsrisiko angesprochen. Eine detaillierte Einsicht in die ökonomische Situation großer Familien – im Vergleich mit kleineren Familien – wird anhand einer differenzierten Darstellung der Einkommenskomponenten des Post-Government-Haushaltseinkommens vermittelt. Dabei zeigt sich, dass Transferleistungen des Staates einen bedeutsamen Beitrag des verfügbaren Einkommens großer Familien bilden, dass aber dennoch große Familien deutlich geringere Äquivalenzeinkommen erzielen als kleinere und somit eine relative Benachteiligung feststellbar ist. Zur Illustration der Familiensituation werden Zitate aus narrativen Interviews mit kinderreichen Müttern hinzugezogen.

Schlagnworte: kinderreiche Familien, Armut, Einkommensmodelle, Bedarfsorientierung

Abstract

In this contribution, we focus on the impact the transition to a third child has on the financial situation of families. At first, we investigate the labour market participation of mother as a critical factor of impact on family income and then address the issue of poverty risk. A more detailed insight in the economic situation of large families – as compared to smaller ones – can be obtained by a differentiated presentation of various components of the post-government household income. It can be shown that state transfers largely contribute to the disposable income of large families. This fact notwithstanding, when compared to smaller families, large families generate significantly lower equivalent incomes. Thus, a comparative disadvantage for large families can be observed. We illustrate the family situation by citing from narrative interviews with mothers in large families.

Key words: large families, poverty, models of family incomes, aiming at the needs.

¹ Für die engagierten Auswertungen des SOEP danken wir Marco Härpfer sehr.

1 Einleitung

Vater, Mutter und zwei Kinder gelten seit längerem als die ideale Familie. Diese Vorstellung wird auch durch die empirische Sozialwissenschaft gestützt: So wählten auch vor kurzem 57% der Befragten² einer repräsentativen Studie diese Kategorie, während nur 13% drei Kinder und lediglich 2% vier oder mehr Kinder für ideal hielten. Dieses Ergebnis ist allerdings methodisch nicht unumstritten.

Zum einen wird es durch die Vorgabe eindeutiger Kategorien (1 Kind, 2 Kinder) mitverursacht, denn die Vorstellungen sind oftmals weniger fixiert, sondern flexibler (Rost 2003:10f.). Auch eine qualitative Befragung von 31 Müttern und Vätern, die das *ifb* in Form narrativer Interviews 2003 durchführte, lässt den Schluss zu, dass es – aus retrospektiver Sicht – eine sehr große Bandbreite hinsichtlich der ursprünglich gewünschten Kinderzahl gibt. Auch die Gründe für die tatsächliche Realisierung sowohl des Kinderwunsches selbst wie auch der erreichten Familiengröße sind sehr vielfältig; sie reichen auf das einzelne Kind bezogen von der festen Absicht beider Partner bis hin zur Verhütungspanne.

Zum anderen zeigen andere Erhebungsverfahren, dass zunehmend weniger Kinder gewünscht werden. Betrachtet man die realisierte Familiengröße, so dominiert seit längerem die Zwei-Kind-Familie, wobei insbesondere größere Familien in der Bundesrepublik seltener geworden sind. Die amtliche Statistik auf der Basis der Daten des Mikrozensus zeigt, dass in der Bundesrepublik der Anteil von Haushalten mit drei oder mehr Kindern lange Zeit abnahm, allerdings seit 15 Jahren stagniert – im Bundesdurchschnitt bei 12% (Engstler/Menning 2003: 39), in Bayern mit 14% geringfügig höher (*ifb*-Familienreport Bayern 2003: 40) Obgleich die endgültige Kinderzahl der Familien anhand der verfügbaren Querschnittsdaten nicht wirklich ablesbar ist, können diese Daten doch für Trendaussagen herangezogen werden.

Relativ wenige Elternpaare entscheiden sich demnach für ein drittes oder viertes Kind. Aus entscheidungstheoretischer Perspektive ist (vgl. Huinink 2001; Ott 2001) die Wahrscheinlichkeit für weitere Geburten abhängig von den erwarteten zusätzlichen Kosten. Dabei scheinen die finanziellen Nachteile ein wichtiges Argument gegen ein weiteres Kind zu sein (Allensbach 2004: 26f.). Tatsächlich führen Kinder tendenziell für ihre Familien zu einer materiellen Unterversorgung. Dies zeigt sich OECD-weit – und in den letzten beiden Dekaden sogar noch verstärkt (Förster 2003). Mit steigender Kinderzahl wird demnach die relative Benachteiligung immer deutlicher spürbar.

Zu Buche schlagen neben der Kostenseite insbesondere entgangene Einkommen, die daraus resultieren, dass „beide Partner einen Teil ihrer Zeit einer bezahlten Erwerbsarbeit widmen wollen.“ (Becker 1990), aber mit zunehmender Kinderzahl die Neigung der Eltern – ganz besonders der Mütter – zunimmt, ihre Erwerbstätigkeit zugunsten der Kinderbetreuung einzuschränken (Rost 2003). Damit sind negative Effekte der Geburt eines weiteren Kindes auf das erzielbare Erwerbseinkommen quasi vorprogrammiert. Die Entscheidung für ein weiteres Kind

² 18- bis 44Jährige.

verlängert somit den Zeitraum der Einschränkungen und erhöht zugleich die Verpflichtungen.

Es stellt sich daher die Frage, welche Veränderungen tatsächlich mit der Geburt eines dritten Kindes eintreten und ob sich deutliche Nachteile im Vergleich zu kleineren Familien ablesen lassen.

Da verschiedene Aspekte der großen Familien in anderen Beiträgen dieses Bandes behandelt werden, konzentriert sich dieser auf die Veränderungen durch eine Geburt und ausgewählte Aspekte der sozioökonomischen Situation großer Familien.

2 Die Datenbasis und Methodik

Das sozio-ökonomische Panel bietet dank der breiten Erfassung von Einkommensvariablen eine geeignete Basis für die angestrebten Analysen. Dabei werden im Folgenden in der Regel nur Familienhaushalte berücksichtigt, da die übrigen Haushalte eine zu heterogene Residualkategorie bilden, um als Vergleichsmaßstab eingesetzt werden zu können. Die ereignisbezogenen Verlaufsanalysen berücksichtigen alle Wellen des SOEP und betrachten die Entwicklung beim Übergang zum dritten Kind, indem sie die Situation vorher und nachher in Beziehung setzen. Als Vergleichsgrößen werden die Übergänge zum ersten und zweiten Kind modelliert. Für diese Analyseebene ist die Datenbasis deutlich kleiner als für die anschließenden Querschnittsvergleiche, die sich auf die materielle Lage der Familien im Jahre 2002 beziehen (siehe Tab. 1).

Tab. 1 Stichprobenumfang (maximal)

A Ereignisbezogenen Verlaufsbe- trachtung (nur alte Bundesländer)	Anzahl		
	1. Kind	2. Kind	3. Kind
Männliche Erwerbstätigkeit	878	810	337
Weibliche Erwerbstätigkeit	918	862	358
Sozialhilfebezug des Haushaltes	1.022	884	364
B Querschnittsvergleiche (alte und neue Bundesländer)	Ein Kind-Familie	Zwei Kinder- Familie	Drei und mehr Kinder
Befragte	1.796	5.326	3.135

Quelle: SOEP 2002.

Die Abbildung der materiellen Lage von Familien erfolgt in der Regel auf der Haushaltsebene, da davon auszugehen ist, dass Familien Wirtschaftsgemeinschaften darstellen (Schwarze 2003). Für die Berechnungen von Äquivalenzeinkommen wurde die neue OECD-Skala zu Grunde gelegt, welche vergleichsweise ge-

ringe zusätzliche Bedarfe für die weiteren Haushaltsmitglieder ansetzt.³

Ergänzend dazu werden in diesem Beitrag Auszüge zu den eingangs erwähnten narrativen Interviews vorgestellt. Dafür wurden insgesamt 31 Kinderreiche, davon 23 Mütter und 8 Väter in drei bayerischen Gemeinden unterschiedlicher Gemeindegroßenklassen befragt. Gegenstand der Befragung waren u.a. die Entwicklung der Paarbeziehung und der Elternrolle, die Erwerbsbiographien und der Einkommensverhältnisse beider Elternteile, der Wohnverhältnisse und die Reaktionen öffentlicher Instanzen sowie von Privatpersonen auf den Kinderreichtum. Die Interviewzitate im vorliegenden Beitrag beziehen sich jedoch nur auf die ökonomische Situation und dienen hier ausschließlich der Veranschaulichung der makrosoziologischen Analysen.

3 Veränderungen beim Übergang zum dritten Kind

Die zentrale Basis der Haushaltseinkommen sind die Erwerbseinkommen der beiden Elternteile. Der Übergang zum dritten Kind ist von abnehmender mütterlicher Erwerbsbeteiligung geprägt (siehe Abb. 1). Ein großer Teil dieser Frauen ist bereits vorher nicht erwerbstätig, weitere geben die Erwerbstätigkeit nun (wieder) auf. Im Jahr nach der Geburt des dritten Kindes nimmt nur ein kleiner Teil der Mütter eine Erwerbstätigkeit auf. Bemerkenswerterweise ist dieser Anteil jedoch höher als bei Frauen mit einem ersten und zweiten Kind. Somit lässt sich eine gewisse Polarisierung erkennen: Der größere Teil der Mütter verzichtet durchgehend oder überwiegend auf Berufstätigkeit, während eine kleine Gruppe relativ bald nach der Geburt des dritten Kindes in das Erwerbsleben zurückkehrten – vermutlich handelt es sich um sozial schlechter gestellte Familien. Mütter mit großer Familien ziehen sich demnach häufig für längere Zeit aus dem Erwerbssystem zurück. Verstehbar ist das Erwerbsverhalten der Mütter vor dem Hintergrund, dass Betreuungs- und Haushaltsaufwand mit jedem Kind zunehmen und somit eine erhöhte Präsenz der Eltern bzw. Betreuer im Haushalt und in der Familie nötig erscheint. Zudem ist anzumerken, dass vor allem solche Frauen sich für eine größere Kinderzahl entscheiden, die stark familienorientiert sind, d.h. auch vice versa auf eigene Berufstätigkeit und Eigenständigkeit nicht so viel Wert legen und das Hausfrauendasein positiver bewerten (Bamberger-Ehepaar-Panel 2003). Auch in den Interviews kommt diese positive Sicht auf den Eigenwert des Daseins als Mutter und Hausfrau als bewusste Entscheidung mehrfach deutlich zum Ausdruck.

„Es war von Anfang an klar, dass mein Mann den Vortritt bekommt, wenn und weil wir mehrere Kinder wollen. Ich wollte von vorneher-

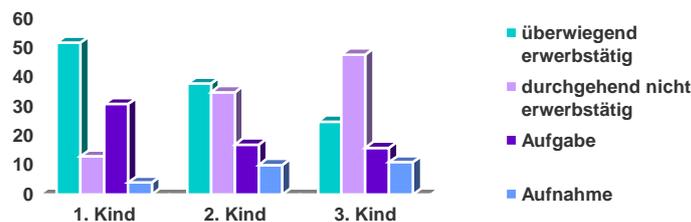
³ Die neue OECD-Skala weist dem bzw. der ersten Erwachsenen im Haushalt ein Äquivalenzgewicht von 1 und dem bzw. der zweiten Erwachsenen ein Gewicht von 0,5 zu. Für jedes Kind (bis einschließlich 14 Jahre) wird ein Gewicht von 0,3 zu der Summe der Eltern hinzuaddiert.

ein bei den Kindern bleiben. Somit wollte, sollte er das Geld verdienen, so habe ich sowohl schon im Studium, als auch dann später Abstriche gemacht [...]. Und es ist nach wie vor so, dass ich die Kinderbetreuung und Haushalt alleine mache" (int2604, 3 Kinder)

Bei unseren Gesprächspartnerinnen war das Einverständnis aber gelegentlich an Bedingungen geknüpft, die der Partner erfüllen muss. In den Worten einer vierfachen Mutter:

„Bei uns passt es so, weil wir die Bereiche klar aufgeteilt haben; ich bin für Haushalt und Familie hauptsächlich zuständig, mein Mann übernimmt die Berufstätigkeit. Und wir sind beide mit dieser Regelung einverstanden. Natürlich muss mein Mann trotzdem neben der Arbeit auch Zeit für die Beziehung zu den Kindern investieren. Ich finde es grundsätzlich ganz wichtig, dass Eltern genügend Zeit für die Kinder haben.“ (int0403)

Abb. 1 Erwerbstätigkeit der Mütter beim Übergang zum nächsten/ersten Kind



Mit dem Fehlen des zusätzlichen weiblichen Einkommens – auch wenn es oft nur ein „halbes“ ist – reduziert sich die materielle Basis der Haushalte deutlich. Da die männliche Erwerbstätigkeit nicht in dem Maße ausgeweitet werden kann, wie die Frauen auf Berufstätigkeit verzichten, entsteht ein relatives Defizit. Diese Deprivation stellt sich nicht nur im Vergleich zu kinderlosen Paaren, sondern auch im Vergleich zu kleineren Familien ein.

Somit stellt sich auch die Frage, ob bzw. in welchem Maße dies dazu führt, dass die Familien in den Armutsbereich abrutschen. Als erster Indikator hierfür wird der Sozialhilfebezug untersucht. Das Ergebnis ist eindeutig: Die Transferleistung wird im Zeitraum um die Geburt des dritten Kindes deutlich häufiger beansprucht als beim ersten oder zweiten Kind (siehe Abb. 2). Da es einem Teil aber auch gelingt, sich nach gewisser Zeit aus der Sozialhilfeabhängigkeit wieder zu befreien, lässt sich feststellen, dass Familien im Zeitraum um die dritte Geburt relativ häufig zumindest für eine kürzere Zeit in Abhängigkeit von Sozialhilfeszuschüssen gelangen. Dabei ist die Müttererwerbstätigkeit die weichenstellende Dimension.

In der narrativen Befragung – deren Stichprobe allerdings nicht als repräsentativ angesehen werden kann – war die Erwerbstätigkeit von einem Oszillieren zwi-

schen einer – meist längeren – Unterbrechung im zeitlichen Umfeld um die Geburt eines Kindes und der – hinsichtlich der Wochenarbeitszeit oft deutlich begrenzten – Wiederaufnahme der Berufstätigkeit geprägt. Wirtschaftliche Erwägungen spielten dabei sicherlich eine große Rolle. Prekäre wirtschaftliche Verhältnisse führten bei zwei der befragten Mütter – in einem Falle die schwere Erkrankung des Ehemannes, in anderem die Trennung vom bisherigen Partner – dazu, dass sie vor und nach einer der Schwangerschaften arbeiten mussten.

Die von den Interviewten genannten Motivlagen für die wiederholte Wiederaufnahme der beruflichen Tätigkeit waren jedoch nicht ausschließlich ökonomischer Natur. Neben der Notwendigkeit einer Aufbesserung des Familieneinkommens wurden auch persönliche Erwägungen genannt: um die *eigene* finanzielle Unabhängigkeit vom Einkommen des Ehemannes zu ermöglichen, um einen Ausgleich zum Familienleben zu haben, um am Arbeitsplatz soziale Kontakte zu haben und im Beruf Bestätigung und Anerkennung zu finden.

Abb. 2 Sozialhilfebezug in der Familie beim Übergang zum nächsten/ersten Kind

4 Die sozioökonomische Situation großer Familien

Eine vertiefende Analyse der zentralen Fragestellung dieser Untersuchungen – inwieweit mit zunehmender Kinderzahl ein erhöhtes Risiko ökonomischer Deprivation einhergeht – erfolgt auf der Basis von Querschnittsdaten, indem Ein-, Zwei- und Drei-Kind-Familien einander gegenüber gestellt werden, weil so eine wesentlich größere Datenbasis analysiert werden kann.

Relative Einkommensarmut

Die materielle Basis der meisten deutschen Haushalte bilden Einkünfte aus Erwerbstätigkeit. Daneben sind Einkommen aus physischem Vermögen (Miete, Pacht etc.) relevant.⁴ Betrachtet man das Markteinkommen auf Haushaltsebene (brutto), finden sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen großen Haushalten, wobei große Familien sich zwischen Ein-Kind- und den am besten situierten Zwei-Kind-Familien platzieren (siehe Tab. 2).

Tab. 2 Absolutes Markteinkommen nach Familiengröße

Markteinkommen in €	Untersuchungsgebiet
---------------------	---------------------

⁴ Zu berücksichtigen wären auch Nichtgeldeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie der Wert selbstgenutzter Immobilien (Schwarze 2003), diese sind allerdings in der Regel nicht bekannt.

Familientypologie	Gesamtdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
1 Kind	3.075	3.291	2.323
2 Kinder	4.038	4.175	3.333
3 und mehr Kinder	3.923	4.088	2.629

Quelle: SOEP 2003, Daten für 2002, eigene Berechnungen.

Bei großen Familien steht auch in dieser Perspektive dem größeren Bedarf durch weitere Haushaltsmitglieder keine Ausweitung, sondern sogar ein (etwas) geringeres Haushaltseinkommen gegenüber. Verständlich wird dies vor dem Hintergrund des Erwerbsverhaltens der Mütter, die häufiger gar nicht oder nur geringfügig beschäftigt sind. Der Anteil der Paare, in denen die Frau nicht erwerbstätig ist, liegt bei knapp 60%.⁵

Wechselt man die Perspektive und betrachtet die Äquivalenzeinkommen, dann werden – logischerweise – durch die eingeführte Gewichtung die Abstände zwischen den Familienformen deutlicher (siehe Tab. 3).

Tab. 3 Äquivalenzeinkommen (Markteinkommen) nach Familiengröße

Pre-Government-Einkommen in €	Untersuchungsgebiet		
	Gesamtdeutschland	Westdeutschland	Ostdeutschland
Familientypologie			
1 Kind	1.782	1.904	1.341
2 Kinder	1.712	1.755	1.479
3 und mehr Kinder	1.298	1.351	859

Quelle: SOEP 2003, Daten für 2002, eigene Berechnungen.

Die Äquivalenzeinkommen verknappen sich demnach mit steigender Kinderzahl deutlich. Ganz gradlinig fällt dieser Trend in den alten Bundesländern aus. Sehr eindrucksvoll ist dabei die Differenz, die sich zwischen zwei und drei oder mehr Kindern ergibt. Sie zeigt an, dass tatsächlich mit dem dritten Kind ein qualitativer Sprung in der Deprivation einhergeht. Für die neuen Bundesländer ergibt sich eine Besonderheit, welche die gesamten folgenden Analysen durchzieht: Während sich Zwei-Kind-Familien auch nach Gewichtung mittels der Äquivalenzskala als die bestversorgte Gruppe auszeichnen, fallen die Ein-Kind-Familien durch relativ schlechte Einkommenspositionen auf. Als Einflussfaktor kommt zum einen der höhere Anteil von Alleinerziehenden in Betracht. Möglicherweise führen auch die teils kritischen wirtschaftlichen Voraussetzungen, z.B. die hohe Arbeitslosigkeit, in den neuen Bundesländern zur frühen Begrenzung der Kinderzahl in Familien, die wenig Chancen auf Verbesserung sehen. Mit Abstand die geringsten Äquivalenzeinkommen haben jedoch auch in den neuen Ländern die großen Familien.

⁵ Den Zusammenhang von Kinderarmut und (fehlender) Müttererwerbstätigkeit bestätigt auch der internationale Vergleich (Ostner 2003: 311).

Hinsichtlich der marktbezogenen Einnahmen zeigt sich demnach, dass die Ressourcen dem zunehmenden Bedarf, der mit höherer Kinderzahl einhergeht, nicht entsprechend angepasst werden (können), woraus sich relative Nachteile für die Mitglieder großer Familien ergeben⁶.

Damit stellt sich die Frage, inwieweit diese Defizite durch staatliche Interventionen aufgefangen werden.

Transfereinkommen

Als Umverteilungsmechanismen, welche die Belastungen durch Kinder ausgleichen sollen, existieren verschiedene Transferleistungen. Hierzu zählen insbesondere das Kindergeld, das Erziehungsgeld und die Ausbildungsförderung als steuerfinanzierte Leistungen. Daneben gibt es staatliche Hilfen zur Armutsprävention, die Familienkomponenten enthalten: So werden Kinder in der Sozialhilfe mit eigenen Bedarfsgrößen berücksichtigt und die Arbeitslosenhilfe sieht für Familien einen höheren Satz vor.

Als Erstes ist von Interesse, wie sich die Transferleistungen auf die unterschiedlichen Haushalte verteilen, d.h. wie sich die Bedürftigkeitsstruktur mit der Kinderzahl verändert (siehe Tab. 4). Dabei lässt sich feststellen, dass alle Leistungen, die besondere Bedürftigkeit voraussetzen oder einkommensabhängig gewährt werden, von großen Familien deutlich häufiger in Anspruch genommen werden als von kleineren. Wohngeld zum Beispiel erhält jedes sechste Mitglied in einer westdeutschen Familie mit drei oder mehr Kindern. In den neuen Ländern ist der Anteil sogar doppelt so hoch. Auch Bezieher von Sozialhilfe sind in großen Familien deutlich häufiger anzutreffen als in kleineren. Das erhöhte Risiko des Sozialhilfebezugs beschränkt sich somit nicht nur auf den Zeitraum um die Geburt.

Zur Errechnung des Gesamtvolumens öffentlicher Transferleistungen werden alle Leistungsarten – inklusive Kindergeld – zusammengenommen. Die mittleren Einkommen aus staatlichen Leistungen sind wiederum deutlich abhängig von der Kinderzahl, wobei das Kindergeld einen wesentlichen Anteil zum Gesamtvolumen beiträgt. Auch in absoluten Zahlen gemessen profitieren große Familien am stärksten von den staatlichen Hilfen. Dabei ist auffällig, dass die Familien in den neuen Bundesländern in deutlich höherem absolutem Umfang durch Transferleistungen gestützt werden, was auf den größeren Anteil von Alleinerziehenden und die hohen Arbeitslosenquoten zurückgeführt werden kann.

Tab. 4 Anteil der Bezieher von Transferleistungen nach Kinderzahl (in Prozent)

Anteil der Bezieher von Transferleistungen	1 Kind		2 Kinder		3 oder mehr Kinder	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gebiet:						
Arbeitslosenhilfe	4,4	17,3	4,1	12,9	8,7	30,4
Mutterschafts-	15,4	24,1	13,3	12,6	12,6	27,2

⁶ Hinsichtlich der großen Familien aus den neuen Bundesländern ist an die kleine Datenbasis zu erinnern, welche die Aussagekraft der Ergebnisse einschränkt.

/Erziehungsgeld						
BAföG	0,5	4,0	0,6	8,2	2,9	9,8
Wohngeld	10,1	15,3	7,5	9,8	16,6	37,3
Hilfe zum laufenden Lebensunterhalt	5,6	8,9	3,7	3,3	6,7	11,7
Hilfe in bes. Lebenslagen	0,9	0,6	0,7	0,3	0,3	3,1
Sonstige öffentliche Transfers	14,7	20,4	22,9	27,8	17,5	32,1
Gesamttransfers in €	266	419	412	481	641	986

Quelle: SOEP 2003, Daten für 2002, eigene Berechnungen.

Verfügbare Einkommen

Relevant ist für die Familienmitglieder letztlich, welche Mittel ihnen tatsächlich zur Verfügung stehen. Zur Betrachtung dieses Aspektes wird das verfügbare oder Post-Government-Einkommen (vgl. Schwarze 2003) errechnet. Neben den Einkünften aus staatlichen Unterstützungen müssten hierfür auch die steuerlichen Abzüge sowie die Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt werden. Während jedoch die Steuern eindeutig als „Negativposten“ gerechnet werden können, müssen die Sozialversicherungsbeiträge gesondert betrachtet werden, da es sich nicht nur um Zahlungen in ein allgemeines Sicherungssystem handelt, sondern im Falle der Rentenversicherungsbeiträge zugleich Investitionen in die zukünftige Versorgung getätigt werden. Sie können damit nicht einfach auf die Soll-Seite gebucht werden, fehlen aber dennoch aktuell im Budget.

Betrachtet man zunächst die verfügbaren Einkommen auf der Haushaltsebene, dann führen die staatlichen Interventionen zu einer Nivellierung der Unterschiede zwischen den Familien. Da Kinderreiche mit geringeren Markteinkommen starten als Zwei-Kind-Familien, spielen die Leistungen, die Familien aus der öffentlichen Hand beziehen, eine erhebliche Rolle für das verfügbare Budget und sie gewinnen mit zunehmender Kinderzahl an Gewicht. Zugleich vermindert sich die Steuerlast bei großen Familien. Den verpflichtenden Steuer- und Sozialversicherungsleistungen stehen in den alten Bundesländern zumindest annähernd hohe Transferzahlungen gegenüber. In den neuen Bundesländern bilden die staatlichen Leistungen besonders wichtige Beiträge zur Existenzsicherung kinderreicher Familien (siehe Tab. 5).

Tab. 5 Komponenten des Post-Government-Haushaltseinkommens nach Kinderzahl (in €)

Einkommenskomponenten	1 Kind		2 Kinder		3 oder mehr Kinder	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Pre-Government-Einkommen	3.291	2.323	4.175	3.333	4.088	2.629
Öffentliche Transfers	266	419	412	481	641	+986
Einkommen aus	79	95	31	88	81	-98

Sozialversicherungen						
Steuern	572	328	786	485	754	404
Beiträge zu Sozialversicherungen	455	382	551	505	515	349
Post-Government-Einkommen	2.609	2.127	3.281	2.912	3.541	2.961
N =	887	312	1.094	279	498	89

Quelle: SOEP 2003, Daten für 2002, eigene Berechnungen.

Allerdings sagen diese absoluten Werte auf Haushaltsebene noch wenig über das Verhältnis der verfügbaren Mittel zum Bedarf aus.

Komponenten des personenbezogenen Post-Government-Einkommens

Obgleich wie gezeigt durchaus Umverteilungseffekte zugunsten großer Familien feststellbar sind, zeigt die Betrachtung von Äquivalenzeinkommen eine deutliche Reduktion der verfügbaren Ressourcen mit zunehmender Kinderzahl (siehe Tab. 6). Zur Rückbeziehung der Haushaltseinkommen auf die unterschiedlichen Bedarfe wurden wiederum die Äquivalenzwerte auf der Basis der neuen OECD-Skala errechnet und obgleich diese für Kinder einen relativ geringen Wert einsetzt, ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen Äquivalenz- und Haushaltseinkommen. Sowohl Pre- wie auch Post-Government-Einkommen sinken nach dieser Transformation stetig mit zunehmender Familiengröße. Eine geringfügige Abweichung von diesem Trend bilden nur die Werte der Zwei-Kind-Familien in den neuen Bundesländern, die wie bereits erwähnt eine Sonderposition einnehmen.

In Westdeutschland müssen große Familien mit 78% des verfügbaren Äquivalenzeinkommen von Ein-Kind-Familien wirtschaften. Nimmt man als Bezugsgröße die Zwei-Kind-Familien, so liegt der Anteil bei 85%. Für ostdeutsche Familien reduziert sich das Äquivalenzeinkommen nach dem zweiten Kind auf drei Viertel des Wertes von Zwei-Kind-Familien.

Tab. 6 Komponenten des durchschnittlichen Post-Government-Einkommens nach Kinderzahl

Einkommenskomponenten	1 Kind		2 Kinder		3 oder mehr Kinder	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Gebiet						
Pre-Government-Einkommen	1.904	1.341	1.744	1.479	1.351	859
Öffentliche Transfers	153	229	177	206	217	317
Einkommen aus Sozialversicherungen	45	50	13	40	27	30
Steuern	330	196	25	218	247	114
Beiträge zu Sozialversicherungen	263	220	235	224	172	123
Post-Government-Einkommen	1.508	1.206	1.386	1.284	1.175	970
N =	2.422	858	4.198	1.072	2.558	456

Quelle: SOEP 2003, Daten für 2002, eigene Berechnungen.

Die Nivellierung, die durch staatliche Intervention bei den absoluten Haushaltseinkommen erreicht wird, reicht demnach nicht aus, um auch für eine bedarfsproportionale Gleichstellung zu sorgen. Besonders stark fällt die relative Benachteiligung für die großen Familien in den neuen Bundesländern aus, während sich dort Ein- und Zwei-Kind-Familien nun ähnlicher sind. In Westdeutschland wird der Abstand der Wohlstandspositionen mit jedem weiteren Kind größer.

Die Bedeutung dieser Transferleistungen für die kinderreichen Familien wurde auch in den narrativen Interviews wiederholt hervorgehoben, gelegentlich aber mit der kritischen Anmerkungen versehen, dass diese Transfers als nicht ausreichend angesehen werden. Ein Vater von drei Kindern äußerte sich dazu wie folgt:

„Im Bereich der Steuergesetzgebung müsste vieles passieren, um Familien besser zu stellen, zumindest in der Phase, wo man das Geld braucht, und zwar mehr braucht, als andere ohne Kinder. Das läuft so komisch antizyklisch: in der Phase, wo du das Geld brauchst, hast du es nicht und später hast du es vielleicht im Überfluss. Da müsste es noch mehr adäquate Darlehen für Familien geben mit bedeutend geringeren Zinssätzen gerade beim Hauskauf. Man darf natürlich auch nicht das Problem, das man sich selbst in die Wiege gelegt hat, an die Gesellschaft delegieren in dem Sinn von ‚die Gesellschaft soll sich jetzt um meine Kinder kümmern‘. Das Thema ist schwierig.“
(int0603w)

5 Fazit

Kinderreichtum besitzt nicht selten einen traditionellen Hintergrund, was Einstellungen, aber auch das sozialräumliche Umfeld anbelangt. Dabei sind große Familien sowohl am oberen wie auch am unteren Ende der Einkommensskala überproportional häufig zu finden, wobei wohlhabende Familien mit mehreren Kindern vor allem in den alten Bundesländern zu finden sind.

Die relative Benachteiligung großer Familien stellt sich quasi zwangsläufig ein, da wie gezeigt, die marktbezogenen Einnahmen nicht einfach entsprechend erweitert werden können. Eher das Gegenteil ist der Fall: Diese Einkommenskomponente ist bei großen Familien geringer. Erklärbar ist dies durch geringere Erwerbsbeteiligung der Eltern infolge des erhöhten Betreuungs- und Haushaltsaufwandes. Als Konsequenz sind große Familien häufiger auf soziale Transferleistungen angewiesen. Mitglieder dieser Haushalte erhalten nicht nur häufiger Leistungen aus der Sozialhilfe, auch andere staatliche Transfers wie Kindergeld sind für Kinderreiche wichtige Einnahmequellen. Schließlich speisen sich ihre verfügbaren Einkommen zu einem relevanten Anteil aus Transferleistungen. Durch diese Zuwendungen sowie etwas geringere Steuerbelastung wird eine Umverteilung hergestellt, die dafür sorgt, dass die absoluten verfügbaren Haushalteinkommen der Mehrkind-Familien am größten sind, wenngleich mit mäßigem Vorsprung vor den Zweikind-Familien. Doch reicht dies nicht aus, um eine bedarfsorientierte Gleichstellung der Familien zu gewährleisten. Der Blick auf die Äquivalenzeinkommen zeigt nicht nur, dass große Familien relative Nachteile in Kauf nehmen müssen, er zeigt auch, dass jedes weitere Kind die verfügbaren Ressourcen schmälert.

Literatur

- Babka von Gostomski, Christian (1998): Machen Kinder Ehen glücklich? In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaften: Demographie, 23 Jg., H2., S. 151-178.
- Becker, Irene (2002): Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen. In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftswoche 71/2002, S. 126-146.
- Becker, Gary S. (1982): Ökonomische Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Becker, Gary S. (2003): Die Bedeutung der Humanvermögensbildung in der Familie für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft. In: Leipert, Christian (Hg.): Demographie und Wohlstand. Neuer Stellenwert für Familie in Wirtschaft und Gesellschaft, Opladen, Leske + Budrich, S. 179 – 206.
- Beisenherz, Heinz Gerhard (2002): Kinderarmut in der Wohlfahrtsgesellschaft. Das Kainmal der Globalisierung, Opladen, Leske + Budrich.

- Bierschock, Kurt P. (2004): Kinderreiche Familien – ein Überblick. Das Online-Familienhandbuch.
http://www.familienhandbuch.de/cmain/f_Aktuelles/a_Elternschaft/s_1533.html
<19.07.2005>
- Butterwegge, Christoph (Hrsg.) (2000): Kinderarmut in Deutschland. Ursachen, Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen, Frankfurt/M., Campus.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) (2002): Familienförderung – Hintergründe, Instrumente und Bewertungen aus ökonomischer Sicht. Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1/2002. Berlin, Duncker & Humblot.
- Esping-Anderson, Gosta (1990): *Tree worlds of welfare capitalism*, New Jersey, Princeton.
- Engstler, Heribert/Menning, Sonja (2003): Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Erstellt im Auftrag des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn.
- Faik, Jürgen (1995): Äquivalenzskalen – Theoretische Erörterung, empirische Ermittlung und verteilungsbezogene Anwendung, Berlin, Duncker & Humblot.
- Förster, Michael (2003): Kinderarmut im OECD-Raum: Entwicklungen und Bestimmungsfaktoren. In: Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (Hg.): *Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*, Wien, Campus, S. 269-298.
- Hirsch, Jürgen (1992): Einkommen und Kinderzahl, Wirtschaftswachstum und Bevölkerungsentwicklung, Tübingen, Franke.
- Huinink, Johannes (2001): Entscheidungs- und Vereinbarkeitsprobleme bei der Wahl familiärer Lebensformen. In: Strohmeier, Klaus-Peter/Wagner, Michael: *Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung*, Würzburg, Ergon, S. 145-166.
- Institut für Demoskopie Allensbach: Einflussfaktoren auf die Geburtenrate. Ergebnisse einer Repräsentativbefragung der 18- bis 44jährigen Bevölkerung, Allensbach 2004.
- Jenkins, Stephen P./Schluter, Chris/Wagner, Gert G.: Einkommensarmut von Kindern – Ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er Jahre. Wochenbericht des DIW.
<http://www.diw.de/>
- Joos, Magdalena (1997): Armutsentwicklung und familiäre Armutsrisiken von Kindern in den neuen und alten Bundesländern. In: Otto, Ulrich (Hrsg.) (1997): *Aufwachsen in Armut. Erfahrungswelten und soziale Lagen von Kindern armer Familien*, Opladen, Leske + Budrich, S. 47-96.
- Karsten, Maria-Eleonora (1989): Armut und Kinderreichtum. Zur sozialen Lage in kinderreichen Familien. In: *Blätter der Wohlfahrtspflege* 11-12/89, S. 330-334.
- Ostner, Iona (2003): Kinderarmut – ein aktuelle Debatte soziologisch betrachtet. In: Kränzl-Nagl, Renate/Mierendorff, Johanna/Olk, Thomas (Hg.): *Kindheit im Wohlfahrtsstaat. Gesellschaftliche und politische Herausforderungen*, Wien, Campus, S. 299-330.
- Ott, Notburga (2001): Der Erklärungsansatz der Familienökonomik. In: Strohmeier, Klaus-Peter/Wagner, Michael: *Solidarität in Partnerschaft und Familie. Zum Stand familiensoziologischer Theoriebildung*, Würzburg, Ergon, S. 129-144.
- Mühling, Tanja/Rost, Harald (2003): ifb-Familienreport 2003. Zur Lage der Familie in Bayern, Bamberg, ifb-Materialien Nr. 2-2003.
- Rost, Harald/Rupp, Marina/Schulz, Florian/Vaskovics, Laszlo A. (2003): Bamberger-Ehepaar-Panel, Bamberg, ifb-Materialien Nr. 6-2003.
- Schicha, Christian (1996): *Lebenszusammenhänge kinderreicher Mütter*. Frankfurt am Main: Lang (Europäische Hochschulschriften: Reihe 22, Soziologie, Bd. 284).
- Schwarze, Johannes (2003): Familienbezogenes Einkommensmonitoring. Konzepte und Daten, Bamberg, ifb-Materialien 8-2003.
- Vaskovics, Laszlo A./Rupp, Marina/Hofmann, Barbara (1997): *Lebensverläufe in der Moderne I: Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Eine soziologische Längsschnittstudie*, Opladen, Leske + Budrich.

Eingereicht am: 12.08.2005

Akzeptiert am: 09.09.2005

Anschrift der Autoren:

Dr. Marina Rupp
Dr. Kurt P. Bierschock

Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg
Heinrichsdamm 4
D- 96047 Bamberg

Email: marina.rupp@ifb.uni-bamberg.de
kurt.bierschock@ifb.uni-bamberg.de